

«Jetzt wollen wir sie nicht mehr gehen lassen»

Die Gemeinde Bauma hat mehrere Flüchtlingsfamilien aus Syrien und dem Irak aufgenommen. Die Integration der schulpflichtigen Kinder ist anspruchsvoll.

Text: **Iwona Eberle** Foto: **Sophie Stieger**

Über 20 Jahre wurde in der Zürcher Oberländer Gemeinde Bauma ein kantonales Durchgangszentrum für Asylsuchende betrieben. Während dieser Zeit gab es wiederholt Probleme mit den dort untergebrachten jungen Männern – bis zu 180 gleichzeitig –, die der Gemeinde zugewiesen wurden. Als die Bewilligung Ende Oktober 2014 auslief, entschied sich die Gemeinde deshalb gegen die Verlängerung. «Wenn wir schon Flüchtlinge aufnehmen müssen, dann lieber Familien», sagt Rudolf Bertels, Gemeinderat und Präsident der Schulpflege Bauma. Diesen Wunsch gab die Gemeinde den Behörden weiter.

Und so kam es tatsächlich. Im Oktober kündigte die Organisation ORS drei

Familien aus Syrien an. Um Weihnachten 2014 waren sie dann da: sechs Erwachsene und 16 Kinder im Alter von 4 bis 16 Jahren, Arabisch sprechend. Man brachte sie in Wohnungen unter. Die Gemeinde hat gemäss Volksschulgesetz den Auftrag, alle schulpflichtigen Kinder einzuschulen. Derzeit besuchen in Bauma 515 Kinder die Volksschule. Es gibt 5 Kindergärten, 16 Primarschul- und 8 Sekundarklassen.

Der Schulleiter der Primarschule Bauma, Erich Schnider, veranlasste das Naheliegende: dass die Kinder erst einmal Deutsch lernen, damit sie dem Klassenunterricht möglichst bald (zumindest in Teilen) würden folgen können. Gemäss

Kosten und Finanzierung in der Schulung der Flüchtlingskinder

Da Asylsuchende auf alle Gemeinden im Kanton proportional verteilt werden, werden auch die Kosten ihrer Schulung grundsätzlich auf alle Gemeinden verteilt.

Gemäss kantonalem Recht ergeben sich bei Kindern, die ohne Deutschkenntnisse in die Primar- und Sekundarstufe eingeschult werden, im ersten Jahr zusätzliche Kosten für zwei Wochenlektionen Deutsch als Zweitsprache (DaZ) pro Kind, im zweiten und dritten Jahr noch 0,5 bis 0,75 Wochenlektionen pro Kind (§ 14 Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen). Zusätzlich können im Einzelfall Kosten von Nachhilfeunterricht hinzukommen.

Das kantonale Schulrecht legt den Kostenteiler zwischen Kanton und Gemeinden fest. Es sieht vor, dass die Kosten der Volksschule zur Hauptsache von den Gemeinden getragen werden: allgemeine Lehrpersonenstellen zu 80%, DaZ-Stellen und Nachhilfe zu 100%. Die Schule – mit den verschiedenen Massnahmen für die besonderen Bedürfnisse von Kindern – gehört damit zu den grossen Ausgabenposten einer Gemeinde.

Der Kanton trägt mit Staatsbeiträgen die Kosten aus den Gemeinden, die Flüchtlingskinder aus kantonalen Durchgangszentren (1. Phase) schulen. Damit werden die Gemeinden entlastet, in denen überdurchschnittliche Kosten für die Schulung anfallen. [VSA]

Volksschulgesetz hat jedes fremdsprachige Kind Anrecht auf regelmässigen Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Dafür wurde eine zusätzliche DaZ-Lehrperson angestellt. Jedes Flüchtlingskind in Bauma kann nun im ersten Jahr je 8 bis 14 Deutschlektionen pro Woche besuchen.

Jahrelang auf der Flucht

Eines dieser Kinder ist die 13-jährige Sedra aus Damaskus in Syrien. Sie ist ein gross gewachsenes Mädchen mit olivfarbener Haut, einer Brille und dunklem Zopf. Sedra geht in Bauma in eine Mehrjahrgangsklasse. Daneben besucht sie zusammen mit ihrer Zwillingsschwester wöchentlich 6 Lektionen Deutsch als Zweitsprache bei Beatrix Spaltenstein.

In deren Schulzimmer hängen an allen Wänden Poster mit Wimmelbild-Alltagsszenen, zum Beispiel von einem Pausenplatz, Wohnhaus oder Bahnhof. Beatrix Spaltenstein lässt Sedra eine Bildkarte ziehen. Sedra soll dazu denjenigen Satz aus einer Liste auswählen, der passt. «Das Mädchen spielt Fussball», liest Sedra vor. «Gut», quittiert die DaZ-Lehrerin. Wenig später steht ein Memory-Spiel mit den Karten auf dem Programm. Sedra findet die Bildpaare und sagt nun die passenden Sätze dazu auswendig.

«In Deutsch macht Sedra es recht gut, aber in Mathe hat sie riesige Defizite», berichtet Beatrix Spaltenstein. Verwunderlich findet sie das nicht – die Familie war fast drei Jahre auf der Flucht. Zwar hätten die Eltern versucht, die Kinder selbst zu unterrichten. Bei all dem Stress in der damaligen Lebenssituation sei allerdings nicht viel möglich gewesen. Immerhin: Die syrischen Schwestern hätten in ihrer Heimat ein gutes Schulniveau gehabt und stammten aus bildungsnahen Schichten.

Lernlücken schliessen

Anders sieht es bei einer Flüchtlingsfamilie aus dem Irak aus, die ein gutes Jahr später in Bauma ankam. «Ein Bub einer irakischen Flüchtlingsfamilie wuchs beim Grossvater auf und ging gar nie zur Schule. Er ist jetzt in der dritten Klasse. Seine zwölfjährige Schwester kann gerade knapp bis 20 zählen», berichtet Eric Schnider. Die Schulgemeinden müssen Kinder in der Regel allerdings altersgemäss (oder um ein Jahr zurückversetzt) einschulen. Das macht die Integration in die Regelklassen schwierig. «Im Gegensatz zu ausländischen Kindern, die im Rahmen des Familiennachzugs hierherkommen, sind die Lernlücken bei den meisten Flüchtlingskindern riesig.»

Liegt der Fokus im ersten Jahr in der Schulgemeinde Bauma auf dem Deutschunterricht, so steht im zweiten Schuljahr laut Erich Schnider das Verkleinern von Lernlücken an – je nachdem durch die DaZ-Lehrpersonen, die Klassenlehr-



Die 13-jährige Sedra kam im Dezember 2014 nach Bauma, wo sie eine Mehrjahrgangsklasse besucht. Die Syrerin war mit ihrer Familie fast drei Jahre auf der Flucht.

personen, Schulische Heilpädagogen oder Klassenassistenten. «Ziel ist, dass die Flüchtlingskinder im dritten Jahr dem Regelklassenunterricht gut folgen und sich leicht verständigen können», sagt Erich Schnider. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass ein Teil der Kinder im nächsten Jahr viel Nachhilfeunterricht brauchen wird.

Dieser wird für die Gemeinde finanziell zu Buche schlagen. «Schon jetzt kosten uns der Deutschunterricht für die Flüchtlingskinder und das Integrationsjahr für die Oberstufenabgänger 280 000 Franken pro Jahr», rechnet Rudolf Bertels vor. Dazu kämen noch Kosten für Nachhilfeunterricht und eventuell für psychologische Therapien. «Die irakischen Kinder haben

Krieg erlebt und könnten entsprechende Trauma-Symptome zeigen», erzählt Rudolf Bertels, «darunter rasche Ermüdbarkeit, eine geringe Frustrationstoleranz, schlechte Konzentrationsfähigkeit und Gewaltbereitschaft.» Die Schulgemeinde steht auch dafür in der Pflicht, angemessene Massnahmen zu treffen.

Anspruchsvolle Pensenplanung

In finanziellen Angelegenheiten fühlt sich Rudolf Bertels allein gelassen. «Für die Lebenshaltungskosten der Flüchtlinge leistet der Bund Kostenersatz an die Gemeinden. Wir hingegen, die Kinder aufnehmen, müssen die zusätzlichen Schulmassnahmen aus der eigenen Tasche berappen.»

Er sorgt sich, wie die Gemeindeversammlung auf die hohen Kosten für die Flüchtlingsfamilien reagieren wird. «Das Geld ist zwar gut investiert, aber die Mehrkosten fallen in eine schlechte Zeit. Es sind immerhin drei Steuerprozente, das hat Auswirkungen auf den Finanzhaushalt.» Er hält es für überlegenswert, dass der Bund mit Unterstützung der Kantone die Mittel anders verteilt. «Ein finanzieller Ausgleich wäre nicht das Dümme.»

Eine weitere Herausforderung für die Schulleitung ist die Pensenplanung. «Man würde gerne Kaffeesatz lesen können, um zu wissen, ob und wie viele Flüchtlingsfamilien wir dieses Jahr erhalten», sagt Schulleiter Erich Schnider. Leider sind die Vorlaufzeiten kurz. «Wir erfuhren es im vorliegenden Fall gerade mal sechs Wochen vorher. Notabene ohne die Jahrgänge der Kinder, weil die entsprechenden Dokumente fehlten.» Die jetzt unterrichtenden DaZ-Lehrpersonen möchte die Schulgemeinde unbedingt behalten, weil sie sich kulturelles Know-how und ein Beziehungsnetzwerk zu Übersetzern aufgebaut hätten. Auch seien es die DaZ-Lehrpersonen, bei denen bis jetzt die Fäden zusammengelaufen seien: Etwa Velos für die Schulwege der Kinder organisieren, Elternbriefe übersetzen lassen oder zusammen mit Dolmetschern Elterngespräche führen, zum Beispiel wenn die Kinder wiederholt unentschuldig dem Unterricht fernbleiben. «Aus Kostengründen können wir DaZ-Lehrpersonen aber nicht auf Zusehen hin behalten oder neu anstellen», sagt Erich Schnider.

Doppelspurigkeiten vermeiden

Die Schulleitung, die Schulpflege und die Fachstelle für Sonderpädagogik, welche die sonderpädagogischen Massnahmen der Schuleinheit steuert und koordiniert, erarbeiten derzeit ein Konzept für die Beschulung von Flüchtlingskindern, um für künftige Fälle optimal vorbereitet zu sein. «Es geht im Wesentlichen darum, festzuhalten, was wann und wie gemacht werden soll, damit Zuständigkeiten geklärt sind und Doppelspurigkeiten vermieden werden», erklärt Rudolf Bertels. Er glaubt, dass der Flüchtlingsstrom aus dem arabischen Raum nicht so schnell abnimmt, aber wenn doch, werde die nächste Krise bald kommen.

Trotz der anspruchsvollen Situation ist Rudolf Bertels zuversichtlich: «Wir machen einfach das Beste und werden es schaffen.» Er hofft, dass dem Wunsch der Gemeinde entsprochen wird, dass die nächsten Flüchtlingsfamilien aus denselben Ländern stammen: «Das hält unseren Aufwand kleiner.» Ebenso hofft er, dass die Flüchtlingsfamilien nicht verlegt werden. «Jetzt, wo wir so viel Zeit und Geld in die Kinder investiert haben, wollen wir sie natürlich nicht mehr gern gehen lassen.» ■